

# Nina Warken

Mitglied des Deutschen Bundestages


ZUHÖREN. ANPACKEN. UMSETZEN.


Newsletter 15/2020 (19. Dezember 2020)




Foto: Tobias Koch

[www.nina-warken.de](http://www.nina-warken.de)

 <https://twitter.com/ninawarken>

 <https://facebook.com/warkennina>

 <https://instagram.com/nina.warken>



Sehr geehrte Damen und Herren,

das zurückliegende Jahr war für uns alle eine große Herausforderung. Persönlich und wirtschaftlich hat es uns viel abverlangt. Aber neben all den Einschnitten und Entbehrungen hat sich auch viel Positives gezeigt. Wir sind als Gesellschaft näher aneinander gerückt und viele stille Helferinnen und Helfer engagieren sich für die Menschen, die in der Krise besondere Unterstützung brauchen. Auch seitens der Politik arbeiten wir mit Hochdruck daran, die Folgen der Pandemie in allen Bereichen abzumildern und Unterstützung zu bieten. Von den Kommunen über die Länder bis hin zum Bund haben wir gezeigt: Auf uns ist Verlass! Daran müssen wir im kommenden Superwahljahr mit der Land- und Bundestagswahl anknüpfen – hoffentlich ist dafür dann auch wieder mehr persönlicher Kontakt miteinander möglich.

Ihnen allen wünsche ich trotz der weiterhin geltenden Einschränkungen ein besinnliches Weihnachtsfest, einen guten Rutsch ins neue Jahr 2021 und vor allem: viel Gesundheit!

*Jhne  
Nina Warken*

## CORONAIMPFSTOFF STEHT KURZ VOR DER ZULASSUNG



EINE VITAMINSPRITZE FÜR UNSER  
GESUNDHEITSSYSTEM. EIN STARKER  
HAUSHALT FÜR IMPFSTOFFE, EQUIPMENT  
UND KRANKENHÄUSER IM KAMPF  
GEGEN DIE PANDEMIE.

Im Rahmen der Haushaltswoche wurden unter anderem zusätzlich Mittel für die medizinische Ausstattung zur Bekämpfung der Coronapandemie zur Verfügung gestellt, damit unser Gesundheitssystem weiterhin gut aufgestellt ist und wir wie bisher vergleichsweise gut durch diese schwere Zeit kommen. Einen Lichtblick zum Ende des Jahres bedeutet wohl für uns alle die Zulassung eines Impfstoffes in der kommenden Woche. Die nötigen logistischen Vorbereitungen in Kooperation mit den Herstellern, den Kommunen und Ländern sollen 24 bis 72 Stunden nach der Zulassung abgeschlossen sein. Damit wird Deutschland das erste Land mit einer richtigen Zulassung und nicht nur mit einer Notfallzulassung sein. Nach Einschätzung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist eine Durchimpfungsrate von etwa 60 Prozent der Bevölkerung notwendig, um das Virus zurückzudrängen. Nach jüngsten Schätzungen lässt sich dieses Ziel bis zum Sommer nächsten Jahres erreichen. Das ist eine Perspektive, die uns allen Hoffnung auf einen Weg zurück in die Normalität gibt.



### Startschuss für die AG Migration, Asyl und Integration der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung

Am Mittwoch hat die konstituierende Sitzung der AG Migration, Asyl und Integration der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung stattgefunden. Die hybride Veranstaltung diente dem gegenseitigen Kennenlernen der Mitglieder sowie der Abstimmung der Themenschwerpunkte für die kommenden Monate. Für die Union sind mein CSU-Kollege Volker Ullrich und ich als Mitglieder benannt. Den Co-Vorsitz des Vorstands der Parlamentarischen Versammlung hat unser Landesgruppenchef Andreas Jung inne. Die Sitzung wurde abgerundet durch zwei Impulsvorträge zur Situation in Deutschland und Frankreich zum Thema Migration, Asyl und Integration. Hierzu war Professor Brücker vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie der Vizedirektor der Abteilung für Integration im französischen Innenministerium M. David Myard zugeschaltet. Die Herausforderungen im Bereich Migration und Asyl können nur gemeinsam gelöst werden. Hierfür braucht es einen ehrlichen Austausch mit einem unserer wichtigsten Partner. Gerade mit Blick auf ein Fortkommen bei der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist der Dialog von besonderer Bedeutung. Frankreich und Deutschland haben zudem jeweils eine lange Geschichte als Zielländer von Zuwanderung. Die Herausforderungen sind bei allen Unterschieden ähnlich, sei es beim Thema gesellschaftlicher Zusammenhalt oder der Prävention von Extremismus. Die Arbeitsgruppe bietet die Möglichkeit, in diesen Fragen voneinander lernen zu können. Durch die geographische Nähe Baden-Württembergs zu Frankreich fühle ich mich zudem unserem Nachbarland in besonderer Weise verbunden. Wie wichtig eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist, konnte man zuletzt auch wieder bei der Pandemiebekämpfung sehen.

Weitere Informationen zur DFPV unter:

<https://www.bundestag.de/dfpv>



### Sitzung Bundesfachausschuss Innere Sicherheit

Gestern fand die letzte Sitzung des Bundesfachausschusses Innere Sicherheit für das Jahr 2020 statt – pandemiebedingt natürlich wieder in digitaler Form. In diesem Bundesfachausschuss, dem ich gemeinsam mit dem hessischen Innenminister Peter Beuth vorsitze, erarbeiten wir das programmatische Profil der CDU Deutschlands zur Inneren Sicherheit. Im nächsten Jahr steht dabei vor allem die Erstellung des neuen Regierungsprogramms für die kommenden Wahlen im Mittelpunkt; auch deshalb war dieses Mal unser Generalsekretär Paul Ziemak zugeschaltet. Die Themen waren wieder vielfältig: Neben Berichten aus dem Bundesinnenministerium zur (noch) laufenden EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands und aus der neuesten Innenministerkonferenz haben wir uns mit Fragen zum Bevölkerungsschutz – insbesondere im Zusammenhang mit der momentanen Pandemiesituation – schwerpunktmäßig mit der Abwehr von Cybergefahren beschäftigt. Dabei konnten wir auch auf die Expertise von Arne Schönbohm, dem Präsidenten des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), zurückgreifen. Cyberkriminalität hat in den letzten Jahren enorm zugenommen und wird mit der fortschreitenden Digitalisierung in allen Lebensbereichen immer gefährlicher. Ein erschreckendes Beispiel hierfür war der Angriff auf das Universitätsklinikum Düsseldorf im Herbst. Unsere Cyber-Sicherheitsstrategie muss daher weiterentwickelt werden und auf die Bewältigung der künftigen Herausforderungen ausgerichtet sein!

Um hier als Staat weiter handlungsfähig zu bleiben, wollen wir als CDU uns für die Stärkung der Sicherheitsbehörden im Bereich der Cybersicherheit und für eine konsequente Ausrichtung der Cybersicherheitsforschung auf die Zukunft einsetzen. Cybersicherheit „made in Germany“ soll auch in Zukunft ein Markenzeichen bleiben!



(Archivbild)



### Ende der EU-Ratspräsidentschaft

Im Juli hat Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Mit dem Jahreswechsel endet der Vorsitz in diesem wichtigen Gremium planmäßig. Die verantwortungsvolle Aufgabe ist in keine einfache Zeit gefallen. Nicht nur Deutschland und die EU, sondern die gesamte Welt wurde durch die Entwicklungen der Coronapandemie bestimmt. Daher war die Durchsetzung der Corona-Wiederaufbaufonds eine zentrale Aufgabe, an der die Bundeskanzlerin Angela Merkel entscheidend mitgewirkt hat. Zudem konnte Deutschland gute Schwerpunkte unter anderem in den Bereichen Digitalisierung sowie Innere Sicherheit legen und hat sich erfolgreich für nachhaltige Themen eingesetzt – allen voran für eine Verschärfung des Klimaziels für 2030. Auch wurden beim letzten EU-Gipfel unter deutschem Vorsitz am 10./11. Dezember wegweisende Kompromisse erreicht. Zentral war die Verabschiedung des mittelfristigen Finanzrahmens 2021-2027 für eine schnelle wirtschaftliche Erholung. Eine wichtige Entscheidung in diesem Zusammenhang: Länder, die finanzielle Mittel zugesprochen bekommen, müssen sich klar zur Rechtsstaatlichkeit bekennen. Dieser Zusatz wurde insbesondere mit Blick auf Ungarn und Polen in die Vereinbarungen geschrieben. Beide Länder haben die Möglichkeit, gegen den Rechtsstaatsmechanismus vor dem Europäischen Gerichtshof zu klagen, sobald er in Kraft tritt. Mit diesem Kompromiss wurde ihre Blockadehaltung aufgehoben und die EU muss ab Januar 2021 nicht wie befürchtet mit einem knappen Nothaushalt arbeiten.



### Unter Dach und Fach



**Mehrjähriger  
Finanzrahmen**



**Corona-  
Wiederaufbaufonds**



**CDU & CSU**  
Fraktion im Deutschen Bundestag

### Deutsch-französischer Bürgerfonds

Der neue deutsch-französische Bürgerfonds unterstützt zivilgesellschaftliche Projekte auf beiden Seiten des Rheins. Weitere Informationen zu dem Projekt und den Fördermöglichkeiten unter:

<https://www.buergerfonds.eu/>





## Wichtige Weichenstellung für die Energiewende

Am Donnerstag wurde die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes beschlossen. Nach intensiven Verhandlungen wird jetzt eine ambitionierte Reform auf den Weg gebracht. Dazu zählen unter anderem Regelungen zum erleichterten Repowering und zum Weiterbetrieb älterer Solar- und Windkraftanlagen, zu finanziellen Beteiligungen für Kommunen im unmittelbaren Umfeld von Windkraftanlagen sowie Investitionserleichterungen für Wasserstoff und rechtssichere Entlastungsregelungen für die Industrie.

Wir freuen uns, dass es gelungen ist, eine ambitionierte Reform des EEG vorzulegen und gleichzeitig die Weichen zu stellen für die zukünftige Ausgestaltung des Ausbaus der erneuerbaren Energien. Wir schaffen mehr Rechtssicherheit und weniger Bürokratie für viele kleinere Anlagenbetreiber, aber auch für kleine und mittelständische Unternehmen und für die Industrie. Die Möglichkeiten für die Bürger, eigenproduzierten Strom aus erneuerbaren Energien auch selbst zu nutzen, werden ausgeweitet. Uns war es zudem wichtig, die Rolle der Standortkommunen zu stärken, unter anderem dadurch, dass sie zukünftig einen größeren Anteil am Gewerbesteueraufkommen von Windparks erhalten sollen. Wir sind uns in der Koalition einig, die Anstrengungen beim Ausbau der erneuerbaren Energien weiter zu erhöhen. Gleichzeitig wollen wir parallel zum Kohleausstieg die dringend notwendigen Reformen des Fördersystems einleiten, um den Weg zu bereiten für Innovationen, mehr Markt und mehr Wettbewerb um die besten Lösungen für das Energiesystem der Zukunft.

Der wirtschafts- und energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Joachim Pfeiffer MdB erklärt:

„Mit der EEG-Novelle wurden wichtige Ergebnisse im Sinne einer sicheren und bezahlbaren Energiewende erzielt. Dabei konnte die Union zahlreiche relevante Punkte durchsetzen. Die Reform fördert die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, indem die besondere Ausgleichsregelung krisenfest gemacht und Kostenrisiken begrenzt werden. Sie stärkt den Markt durch Begrenzung der Förderung bei negativen Preisen auf vier Stunden und die Ausweitung der Ausschreibung bei Photovoltaik. Sie treibt die Digitalisierung voran, indem Bestands- und Neuanlagen intelligenter gemacht und somit neue Geschäftsmodelle ermöglicht werden. Zudem löst sie durch eine praxistaugliche und unbürokratische EEG-Umlagebefreiung eine Investitionsblockade beim Wasserstoff. Im neuen Jahr wird die Koalition Vorschläge zum Ausbaupfad sowie zur Finanzierung und Zukunft der Förderung vorlegen. Es braucht ein stimmiges Gesamtpaket, das alle drei Säulen der Energiewende in den Blick nimmt: Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit. Damit wird mehr Raum für einen innovationsorientierten und technologieoffenen Ausbau geschaffen.“

## Auf Einladung von Landwirtschaftsminister Peter Hauk: Digitaler Austausch mit Waldbesitzern

Zunehmende Dürreperioden und die Pflanzung von Monokulturen machen unseren heimischen Wald anfällig für Schädlinge und Extremwetterlagen, die durch den Klimawandel immer häufiger auftreten. Sowohl der Bund als auch das Land Baden-Württemberg haben in den letzten Jahren wichtige finanzielle Hilfen für die Forstwirtschaft bereitgestellt und zukunftssträchtige Projekte auf den Weg gebracht. Bei einem digitalen Gesprächstermin, zu dem Landwirtschaftsminister Peter Hauk in dieser Woche eingeladen hat, haben wir uns gemeinsam mit Waldbesitzern darüber ausgetauscht, wie diese Unterstützung vor Ort greift, was gut läuft und wo wir nachbessern müssen. Danke für die Einladung und die gute und wichtige Initiative, lieber Peter.

## Jahressteuergesetz mit großem Paket für das Ehrenamt

In dieser Woche haben wir das Jahressteuergesetz 2020 verabschiedet. Maßnahmen im Rahmen des Einkommenssteuerrechts betreffen u.a. die Einführung einer Home-Office Pauschale und die Verlängerung der Steuerbefreiung zur Auszahlung des Coronabonus. Besonders wichtig ist mir vor allem das große Ehrenamtpaket, das sowohl für Engagierte als auch für Organisationen gilt. Ein Kernelement dabei ist die Anhebung der Pauschale für alle Übungsleiter. Sie steigt von 2.400 Euro auf 3.000 Euro pro Jahr an. Neben diesem deutlichen Zeichen der Anerkennung wollen wir auch Bürokratie abbauen und mehr Rechtssicherheit schaffen. Genauere Informationen hierzu finden Sie im beigefügten CDU/CSU-Faktenblatt zum Ehrenamt.

**Nächste Telefonsprechstunde:**  
**Mittwoch, 13. Januar 2021**  
**von 15:00 - 16:00 Uhr**  
**Telefon: 030 - 227 78102**  
**nina.warken@bundestag.de**

### IMPRESSUM

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Nina Warken MdB (CDU). Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Herausgeber: Nina Warken MdB (verantwortl.), Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin. Telefon 030 / 227 78102. E-Mail: [nina.warken@bundestag.de](mailto:nina.warken@bundestag.de) / Internet: [nina-warken.de](http://nina-warken.de)  
Redaktion/Gestaltung: Pierre Kneifl, Bildnachweis/Copyright: Portrait Nina Warken: Tobias Koch, Foto Sitzung BfA: CDU  
Grafiken: CDU /CSU Fraktion im Bundestag, Texte und sonstige Fotos: Nina Warken / Team Warken